



LUZERNER UNIVERSITÄTSREDEN NR. 27

Kaspar Villiger

Schuldenbremsen: Undemokratische Einschränkung der parlamentarischen Budgethoheit oder notwendige Selbstbindung der Politik?



Autor

Dr. h.c. Kaspar Villiger

Bundesrat 1989–2003, Bundespräsident 1995 und 2002,
ehemaliger Verwaltungsratspräsident der UBS AG,
Ehrendoktor der Universität Luzern

Impressum

Herausgeber:

Prof. Dr. iur. Paul Richli, Rektor

Redaktion, Layout:

Markus Vogler, Daniel Jurt

ISBN 978-3-033-04863-8

November 2014

Inhalt

Christoph Schaltegger

Vorwort 7

Fritz Zurbrügg

Einleitung 9

Kaspar Villiger

Schuldenbremsen: Udemokratische Einschränkung
der parlamentarischen Budgethoheit oder notwendige
Selbstbindung der Politik? 13

Vorwort

Prof. Dr. Christoph Schaltegger, Dekan der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

Der 27. Oktober 2014 war ein besonderer Tag für die Universität Luzern: nicht nur waren gleich zwei ihrer Ehrendoktoren zugegen – nicht nur war ein alt Bundesrat, ein ehemaliger UBS-Chef sowie ein amtierendes Mitglied des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank unter uns. Beide – Kaspar Villiger und Fritz Zurbrugg – haben sich um die wohl wesentlichste finanzpolitische Innovation der Schweiz verdankt gemacht: die Schuldenbremse.

Politische Verantwortung für die Einführung der Schuldenbremse trug der damalige Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements und Bundesrat Kaspar Villiger. Es ist keineswegs so, dass ihm bei der Präsentation des Konzepts nur Unterstützung entgegen gebracht wurde. Umso grösser ist sein Verdienst, sich hartnäckig und mit grosser Ausdauer für gesunde Staatsfinanzen eingesetzt zu haben. Heute können wir die Ernte einholen. Die Bundesfinanzen sind im Lot, die Verschuldung hat sich nominell stabilisiert und ist real rückläufig.

Viele Ökonomen waren zu Beginn der Diskussion um die Schuldenbremse Ende der 1990er Jahre kritisch. Wieso sollte sich die Politik an eine neue Regel halten, wenn sie sich bisher an die grundsätzliche Verfassungsvorgabe eines ausgeglichenen Staatshaushalts nicht gehalten hat? Das ist nicht unmittelbar ersichtlich. Tatsächlich gibt es empirische Evidenz aus den USA, wo solche Schuldenbremsen auf Staatenebene vor allem eines bewirkten: eine Verschiebung der Verschuldung in Bereiche, wo die Schuldenbremse nicht mehr wirkt.

Was wäre die Alternative? Postenweises Sparen? Oder wie es David Ricardo bereits 1817 formulierte: «The very best of all plans of finance is to spend little». So einfach? In der Schweiz hört sich das so an – der damalige Bundesrat und Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements Willi Ritschard hielt im Oktober 1980 vor den Schweizer Bankiers in Zürich eine Rede mit dem Titel: Flickwerk in der Referendumsfalle: «Die öffentlichen Finanzen bilden gewissermassen das Scharnier zwischen Staat und Wirtschaft. Wenn sie aus dem Gleichgewicht geraten, so ist davon nicht nur der Staat betroffen. Solche Krisen der Staatsfinanzen zeigen vielmehr, dass etwas im Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft nicht mehr stimmt. Und wenn es während Jahren nicht gelingt, die öffentlichen Finanzen auf politischem Wege wiederum ins Lot zu bringen, so kündigt sich damit eine Krise der Gesellschaft an. Und eine solche Krise zu verhindern, dürfte auch ein zentrales Interesse der Wirtschaft sein.» Danach legte

Bundesrat Ritschard seinen Sparplan vor und meinte in nüchterner Erwartungsbildung: «Auf die Blütenpracht dieser Planung ist aber bereits viel Rauhref gefallen. Die Reaktionen auf das Konzept sind wenig hoffnungsvoll. Eine Organisation nach der andern meldet Sonderwünsche. Von allen Seiten drohen gesenkte Hörner. Auch die Bankiers läuten diesmal Sturm und schliessen ihre Schalter, wenn sie von der Besteuerung der Treuhandzinsen hören. Schon bevor sie beschlossen ist, finanzieren sie mit teurem Geld die Kampagnen gegen diese neue Abgabe. Grosszügig wie sie sind, bieten sie aber eine Alternative an. Man solle den Konsum stärker belasten, fordern sie. So einfach ist das. Der Gewerbeverband wird die Bankiervereinigung sicher zum Ehrenmitglied machen.»

Viele Reden von Kaspar Villigers Vorgängern hatten einen solchen oder ähnlichen Inhalt. Schuldenbremse war kein Thema. Und gerade das abermalige Scheitern solcher Sparbemühungen war Kaspar Villiger Inspiration für die Schuldbremse.

Was hatten viele Kritiker vor 15 Jahren bei der Diskussion um die Schuldenbremse übersehen? Das Fachwort dazu heisst: Zeitinkonsistenz – und es ist für Finanzpolitik wie für die Geldpolitik ein Problem. Kaspar Villiger schreibt dazu: «Schon bald nach Übernahme des Eidgenössischen Finanzdepartements im Jahr 1995 kam ich zur Einsicht, dass die herkömmliche Methode des postenweisen Sparens nicht zielführend war und dass es eines strategischen Ansatzes bedurfte. Ich schrieb eines Nachts ein kurzes Memorandum, worin ich zum Schluss kam, dass es eine verfassungsmässige Ausgabenbegrenzung mit einer präzisen Vorschrift brauche, was im Falle der Überschreitung zu geschehen habe, um die Ausgabenentwicklung in den Griff zu bekommen.»

Es geht also um die Überwindung der Zeitinkonsistenz in der Politik durch eine kluge Selbstbindung – eben eine Schuldenbremse. Kaspar Villiger erklärte es im Abstimmungskampf 2001 anschaulich: «Die Schuldenbremse macht finanzpolitische Disziplin zur Regel. Wenn sich schon Odysseus an den Mast binden liess, um nicht den Gesängen der Sirenen zu erliegen, so ist es gewiss nicht schlecht, wenn sich auch die Politik gegen Verführungen wappnet.»

Trotzdem und dies macht die Rede von Kaspar Villiger deutlich, ist die Schuldenbremse kein Allerheilmittel. Auch in Zukunft sind wir aufgerufen, uns gegen Verführungen zu wappnen. Die Schuldenbremse gibt den Rahmen – gute Politik wird deswegen aber nicht unnötig. Und noch etwas: Regeln wie die Schuldenbremse leben nicht vom Buchstaben des Gesetzes alleine. Die rechtliche «de jure»-Verankerung muss «de facto» auch gelebt werden. Deshalb sind Vorträge wie jener von Kaspar Villiger so wichtig. Die stabilitätsorientierte Tradition verschafft der Regel politische Nachachtung. Finanzpolitische Disziplin braucht Fürsprecher, denn im tagespolitischen Hickhack werden die Grundsätze soliden Haushaltens nur allzu leichtfertig bei Seite geschoben. Wir freuen uns, dass das eindruckliche Plädoyer für die Schuldenbremse von Kaspar Villiger Eingang in die Universitätsreden gefunden hat.

Einleitung

Dr. Dr. h.c. Fritz Zurbrügg, Mitglied des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank

Sehr geehrter Herr Professor Schaltegger

Sehr geehrter Herr Doktor Villiger

Sehr geehrte Damen und Herren

Es ist mir eine grosse Ehre und es freut mich ausserordentlich, dass ich heute Abend die Einführung unseres Gastredners übernehmen darf. Für meine Freude gibt es einerseits einen ganz sachlichen und andererseits einen sehr persönlichen Grund.

Für den sachlichen Grund genügt ein Blick auf den Lebenslauf von Kaspar Villiger. Er hat als Unternehmer, luzerner Grossrat, Nationalrat, Ständerat, als Vorsteher sowohl des damaligen Eidgenössischen Militärdepartements als auch des Eidgenössischen Finanzdepartements, als Mitglied von Verwaltungsräten der grössten Unternehmen sowie als Präsident des Verwaltungsrats der UBS die wichtigsten Schaltstellen in der schweizerischen Wirtschaft und Politik inne gehabt. Einen solchen Karrierepfad schaffen nur Personen, deren Fähigkeiten weit über das Übliche hinausgehen.

Zum persönlichen Grund: Der Zufall wollte es, dass ich eben diese Fähigkeiten hautnah mitbekommen durfte, als Bundesrat Villiger von 1996 bis 2003 dem Eidgenössischen Finanzdepartement vorstand. Im Rahmen meiner Tätigkeit in der Eidgenössischen Finanzverwaltung und als Vertreter der Schweiz im Internationalen Währungsfonds (IWF) erlebte ich ihn sowohl auf dem nationalen als auch auf dem internationalen Parkett. Mich beeindruckten nicht nur die tiefen Sachkenntnisse, seine Überzeugungskraft und Integrität, sondern auch sein Respekt gegenüber allen Gesprächspartnern, seine Menschlichkeit und Offenheit. Ich bin sehr froh, dass sich unsere Pfade immer wieder kreuzen, so wie beispielsweise heute an dieser Veranstaltung in Luzern.

Damit zum Thema des heutigen Abends – den Schuldenbremsen für die öffentlichen Haushalte. Wer könnte dieses Thema besser abhandeln als Kaspar Villiger, der gemeinhin als «Vater der schweizerischen Schuldenbremse» gilt? Aus meiner Sicht stellt die Schuldenbremse einen der ganz grossen Reformschritte in der schweizerischen Wirtschaftspolitik der letzten 20 Jahre dar. Dass eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Finanzpolitik ein fundamentales Ele-

ment einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik darstellt, sollte an und für sich allen klar sein. Diese jedoch konkret im politischen Kontext umzusetzen, ist in jedem Land eine grosse Herausforderung.

Spätestens nach den Erfahrungen mit der grossen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 ist allen wieder bewusst geworden, welche hohe Bedeutung solide öffentliche Haushalte haben. Regierungen fahren besser, wenn sie auf eine sich abzeichnende Schieflage des Finanzhaushalts frühzeitig reagieren. Aufgrund der mangelnden Haushaltsdisziplin hatten die meisten Industrieländer schon vor der Finanzkrise hohe Staatsschulden. Insgesamt betragen die öffentlichen Schulden der grössten Industrieländer – der G7 – im Vorkrisenjahr 2007 rund 80 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Heute – sechs Jahre nach Ausbruch der Krise – belaufen sie sich auf 120 Prozent. Der starke Schuldenanstieg bedeutet nicht nur höhere unproduktive Ausgaben in Form von Zinszahlungen und weniger Spielraum für produktive Investitionen, sondern auch erhöhtes Sparen seitens der Unternehmen und der privaten Haushalte. Mit den zusätzlichen Ersparnissen kompensieren diese die absehbaren höheren Steuern, die eine prekäre Finanzlage der öffentlichen Haushalte unweigerlich mit sich bringt – oder wie das bekannte Bonmot sagt: «Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen». Im Gegenzug belasten tiefere Investitionen und höhere Ersparnisse sowohl das aktuelle als auch das zukünftige Wirtschaftswachstum.

In der Eurozone waren die Auswirkungen des starken Anstiegs der öffentlichen Schulden einzelner Mitgliedsländer besonders dramatisch. Wir müssen uns nur an das Jahr 2010 zurück erinnern, als an den Finanzmärkten auf einmal Zweifel an der Zahlungsfähigkeit verschiedener Länder der Eurozone aufkamen. Innert kurzer Zeit begannen die auf Staatsanleihen zu bezahlenden Zinsen stark zu steigen. Griechenland, Irland und Portugal mussten in kurzen Abständen vom IWF und den übrigen Mitgliedern der Eurozone mit umfangreichen Finanzierungspaketen gerettet werden. Im Gegenzug mussten sie sich zu rigorosen Wirtschaftsprogrammen verpflichten, deren Auswirkungen auch heute noch deutlich spürbar sind.

Die Vertrauenskrise in der Eurozone wurde damit jedoch nicht beendet. Die Finanzmärkte begannen auch an der Zahlungsfähigkeit Italiens und Spaniens zu zweifeln. Die zunehmende Unruhe an den Finanzmärkten mündete letztendlich in eine Staatsschuldenkrise von ungeahnter Dimension.

Sind hohe Staatsschulden auch ein Problem für die Geldpolitik? Selbstverständlich. Dies zeigt nicht nur das konkrete Beispiel der Eurozone mit den ausserordentlichen Massnahmen, welche die Europäische Zentralbank zur Stabilisierung der Krise einsetzen musste.

Auch der Blick auf das Thema der traditionellen Jahreskonferenz der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hier in Luzern im letzten Juni gibt eine klare Antwort. Das Thema lautete ganz einfach: Schulden. Die BIZ – die auch als Bank der Zentralbanken bezeichnet wird und 60 Zentralbanken zu ihren Mitgliedern zählt – setzt sich intensiv mit diesem Thema aus-

einander. Sie sieht im weltweiten Aufbau von Schulden in allen Sektoren, d.h. bei der öffentlichen Hand, den privaten Haushalten und im Unternehmenssektor, ein grosses Risiko für die Finanzstabilität.

Als Antwort auf die Finanzkrise und die tiefste globale Rezession seit 50 Jahren haben die wichtigsten Zentralbanken folgerichtig ihre Zinsen stark gesenkt – in manchen Ländern auf nahezu null. In den Industrieländern sind die Zinssätze aufgrund der sehr langsamen und fragilen wirtschaftlichen Erholung aber auch sechs Jahre nach Ausbruch der Krise immer noch sehr tief.

Die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass lange Perioden mit tiefen Zinsen die Risiken für die Finanzstabilität erhöhen können. Zum einen verleiten sie viele Investoren zu einer Suche nach Rendite, was wiederum die eingegangenen Anlagerisiken erhöht. Zum anderen kann die starke Nachfrage nach alternativen Anlagen zu Preisübertreibungen oder Preisverzerrungen führen. Ein Beispiel ist der Immobilienmarkt. Zudem führen tiefe Zinsen zu einem reduzierten Schuldendienst, der wiederum falsche Anreize setzen kann. Der Schuldenabbau wird herausgeschoben und es kann sogar zu einem zusätzlichen Schuldenaufbau kommen.

Die übermässige Verschuldung des Staats kann jedoch auch unmittelbar die Tätigkeit der Zentralbank negativ beeinflussen. Der Staat kann unter diesen Umständen seine Aufgaben nicht richtig wahrnehmen und verliert in Krisenzeiten seine Handlungsfähigkeit. Damit steigt unweigerlich der Druck auf die Zentralbank, neben der Preisstabilität auch andere Ziele zu berücksichtigen. Zum einen könnte die Forderung nach einem Beitrag an die Staatsfinanzierung kommen. Zum anderen könnte sich die Zentralbank gezwungen sehen, aus Rücksicht auf den hohen Schuldendienst die geldpolitisch notwendigen Zinserhöhungen hinauszuschieben und damit die Preisstabilität zu gefährden.

Meine Damen und Herren, Zentralbanken können sehr viel. Sie können jedoch kein nachhaltiges Wirtschaftswachstum generieren. Dafür braucht es Regierungen, welche die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, gegebenenfalls Strukturreformen in den verschiedensten Bereichen umsetzen und sicherstellen, dass ihre öffentlichen Finanzen nachhaltig sind. Eine Schuldenbremse, wie sie die Schweiz kennt, kann zur Erreichung dieses Ziels sehr nützlich sein. Wieso, werden wir jetzt gleich im Detail erfahren.

Lieber Kaspar, wir freuen uns auf Deine Ausführungen.

Schuldenbremsen: Undemokratische Einschränkung der parlamentarischen Budgethoheit oder notwendige Selbstbindung der Politik?

Dr. h.c. Kaspar Villiger

**«Notenstein-Lecture» von Kaspar Villiger an der Universität Luzern,
27. Oktober 2014**

Herr Professor Schaltegger hat mich gebeten, heute einige Gedanken zur schweizerischen Schuldenbremse zu entwickeln. Ich bin natürlich schon ein wenig stolz auf dieses erfolgreiche Instrument, das ich mit einem hervorragenden Team entwickeln und in Bundesrat und Parlament sowie vor dem Volk durchboxen durfte. Deshalb habe ich gerne gesagt. Es sind allerdings heute so viele prominente Ökonomen anwesend, dass ich mich frage, ob nicht andere, zum Beispiel Professor Schaltegger selber, ein ausgewiesener Fachmann in solchen Fragen, berufener wären, mit der gebotenen wissenschaftlichen Distanz und Objektivität die Schuldenbremse zu würdigen. Genau in diesem Sinne hat dies übrigens Fritz Zurbrügg vor zwei Jahren an dieser Stelle äusserst kompetent getan. Ich entschloss mich deshalb zu einer eher politischen denn ökonomischen Beurteilung des Themenkomplexes in seiner ganzen Breite. Ich habe zehn während meiner politischen Laufbahn gewonnene Einsichten formuliert, welche ich Ihnen erläutern möchte. Sie finden sie jeweils auf dem Bildschirm, so dass ich sie nicht vorlesen muss.

Ich möchte aber zunächst Fritz Zurbrügg für seine liebenswürdigen Worte danken, aber auch für seine substantiellen Bemerkungen zur Schuldenbremse aus Sicht des Notenbankers. Ich habe vorhin mein hervorragendes Team erwähnt. Schon der grosse Staatsrechtler Kurt Eichenberger erwähnte zu Recht immer wieder, dass die Schweizer Verwaltung eine der besten der Welt sei. Ich durfte beim Bund mit hervorragenden Leuten zusammenarbeiten, die alle das Zeug zu einer brillanten Karriere auch in der Privatwirtschaft gehabt hätten. Ich erwähne, stellvertretend für viele, Namen wie Ueli Gygi oder Peter Siegentha-

ler, aber eben auch Fritz Zurbrügg oder Christoph Schaltegger. Ich durfte mit Fritz Zurbrügg schon zusammenarbeiten, als er noch Exekutivdirektor beim Internationalen Währungsfonds IWF war und durch seine gute Arbeit erahnen liess, dass dies nicht das Ende seiner steilen Karriere sein würde. Die Eidgenossenschaft darf sich glücklich schätzen, immer wieder auf solche Leute zählen zu dürfen.

Ich möchte nun mit einer Einsicht beginnen, die purem Neid entspringt!

- 1. Die Ökonomen haben es schön. Sie befassen sich mit spannenden Problemen, aber sie müssen diese selber nicht in der komplexen Wirklichkeit lösen und für die Lösung (oder Nicht-Lösung!) Verantwortung übernehmen. Aber nützlich sind sie trotzdem, die Ökonomen!**

Diese Einsicht ist natürlich keineswegs abwertend gemeint. Sie zeigt einfach, dass der Minister und der Unternehmer eine andere Rolle als der Wissenschaftler haben. Sie müssen handeln und das Ergebnis des Handelns verantworten. Das tun sie in der komplexen Wirklichkeit stets unter einem Schleier der Ungewissheit, weil auch die umfassendste Analyse niemals die ganze Realität abzubilden vermag. Weil sie tausend Elemente, auch das menschlich-allzu-Menschliche, berücksichtigen müssen, können Sie nicht wissenschaftliche Erkenntnisse eins zu eins umsetzen, zumal diese Erkenntnisse häufig auf stark vereinfachten Modellannahmen beruhen und nie alle Einflussfaktoren berücksichtigen können. Aber diese Erkenntnisse in die Meinungsbildung einzubeziehen, sie zu hinterfragen und auf ihre auf das Problem bezogene Relevanz abzuklopfen, gehört zur Sorgfaltspflicht. Otmar Issing, der frühere Chefökonom der Europäischen Zentralbank, hat in einem Interview kürzlich gesagt, gute Politik brauche rigorose ökonomische Analyse auf der Höhe der Zeit, verbunden mit «Judgment», mit Urteilsfähigkeit. Aber gerade diese bedarf eben auch zureichender ökonomischer Kenntnisse. Das habe ich als Finanzminister umzusetzen versucht, indem wir beispielsweise bei der Schaffung des Finanzleitbildes prominente Ökonomen zu Diskussionsrunden einluden, ein departementsinternes Ökonomen Team schufen oder Prof. René Frey als zentralen Impulsgeber für die grosse Föderalismusreform beizogen. Ich selber verschlang in der spärlichen Freizeit dicke ökonomische Wälzer. Ich bin der Meinung, die Politik nutze die wissenschaftlichen Quellen zu wenig, wohl nicht zuletzt deshalb, weil sich viele Politiker ihrer mangelhaften ökonomischen Kenntnisse gar nicht bewusst sind. Aber eben: Am Schluss muss der Verantwortungsträger zeitgerecht entscheiden, denn ewiges Prüfen führt zur «Paralyse durch Analyse». Grosse Freiheit erhält der für das Handeln Verantwortliche jeweils dort, wo sich die Wissenschaftler selber in den Haaren liegen, was ja glücklicherweise gar nicht so selten ist. Wenig Verständnis habe ich hingegen dort, wo sich eine Regierung auch bei ökonomisch klaren Analysen als völlig beratungsresistent erweist, wie etwa zurzeit in Deutschland. Wie wir alle gelesen haben, soll Frau Merkel unlängst den Ökonomen ins Gewissen geredet haben. Als ehemaliger Politiker sehe ich es eher umgekehrt: Die Ökonomen sollten bisweilen den Politikern ins Gewissen reden!

2. Erfolg oder Misserfolg (von Staaten oder Unternehmen) sind eine Funktion von Menschen, Institutionen, Kultur und Zufall:

$$E=M+I+K+Z$$

Ich habe kürzlich den verwegenen Versuch unternommen, meine Lebenserfahrung mit einer plakativen Formel – ich nenne sie die Erfahrungsformel! – zu symbolisieren. Was in Politik und Wirtschaft geschieht, ist die Folge menschlichen Handelns. Die grosse Frage ist, warum Menschen so handeln, wie sie handeln, und wie erreicht werden kann, dass das Handeln einzelner Individuen in seiner Summe zu Ergebnissen führt, welche den Menschen ein Leben in Würde und Wohlstand ermöglichen.

So einfach die Frage ist, so schwierig ist die Antwort. Zunächst sind da die Menschen selber als Individuen. Wir wissen aus Erfahrung, dass jeder Mensch anders ist. Charakter, Talent und Intelligenz sind ungleich verteilt. Auch das Verhalten der Menschen gegenüber anderen Menschen könnte unterschiedlicher nicht sein. Die Erfahrung zeigt auch, dass immer wieder herausragende Persönlichkeiten die Dinge im Guten wie im Bösen stark beeinflussen. Es ist deshalb zwingend, in der Erfahrungsformel den Menschen zu verankern.

Menschen, und dies zeigt auch die moderne Verhaltensökonomie, reagieren auf Anreize. Anreize veranlassen Menschen dazu, etwas anzustreben oder zu vermeiden, etwas zu tun oder zu unterlassen. Anreize entstehen aus zwei Quellen: Einerseits erzeugen Institutionen Anreize, sei es durch Regeln, Vorschriften oder gesicherte Freiräume, andererseits ist es die obwaltende Kultur, welche den Menschen veranlassen kann, etwas zu tun oder eben nicht zu tun. Dies bedeutet, dass die Erfahrungsformel neben den Menschen auch die Institutionen und die Kultur enthalten muss.

Die globale Politik und globale Wirtschaft sind komplexe Systeme mit zahllosen und unübersichtlichen Rückkopplungsschleifen. Zufällige Ereignisse können in solchen Systemen unerwartete, unvorhersehbare und oft heftige Reaktionen auslösen. Der Zufall braucht deshalb in der Erfahrungsformel einen prominenten Platz. Er verkörpert in der Formel, die alles erklären soll, sozusagen das Unerklärliche.

Daraus ergibt sich die einfache Formel:

Ergebnis E (Erfolg oder Misserfolg) = M (Mensch) + I (Institutionen) + K (Kultur) + Z (Zufall).

Ich möchte meine Gedanken zunächst entlang dieser Formel entwickeln.

Institutionen sind sozusagen die «Hardware», innerhalb derer sich die menschliche Tätigkeit entfalten kann. Sie strukturieren das kollektive Zusammenleben und Handeln der Menschen. Beim Staat sind das beispielsweise Verfassung, Gesetze, Verordnungen, zudem das Regierungssystem an sich, bei der Wirtschaft und den Unternehmen die staatlich-

chen Rahmenbedingungen, die Statuten, die Reglemente oder die Governance. Der Starköonom Daron Acemoglu vom MIT ist in seinem berühmten Buch «Why Nations Fail» der Frage nachgegangen, warum sich Länder wirtschaftlich derart unterschiedlich entwickeln. Er ist zum Ergebnis gekommen, dass dafür weder Religion, Rasse oder Kultur, noch geographische Lage verantwortlich sind, sondern allein institutionelle Unterschiede. Ökonomische Institutionen vermitteln nach Acemoglu jene Anreize, die Menschen veranlassen, sich auszubilden, zu sparen, zu investieren und zu innovieren, oder eben alles das zu unterlassen. Institutionen sind deshalb ein tragendes Element der Erfahrungsformel.

Im Gegensatz zu Acemoglu halte ich das für ebenso wichtig, was man unter Kultur im weitesten Sinne subsumieren kann. Sie ist gleichsam die «Software» des menschlichen Zusammenlebens. Sie besteht aus ungeschriebenen, aber gelebten Normen und Verhaltensweisen. Sie ist nichts Angeborenes, sondern etwas von Menschen Geschaffenes, Künstliches. Eine gute Kultur veranlasst die Menschen, das zu tun, was sie tun sollen, ohne dass man ihnen das vorschreiben muss. Gewisse Regeln muss eine Gesellschaft sozusagen automatisch und von sich aus einhalten, wenn sie nicht zerfallen soll. Sie muss sich an Werten orientieren. Beispiele sind etwa die sogenannte Goldene Regel («Was Du nicht willst, das man Dir tu', das füg' auch keinem anderen zu!») oder die bekannten Kardinaltugenden. Institutionen und auch Demokratien generell funktionieren nur dann zureichend, wenn sie auf eine gute Kultur abgestützt sind.

Nobelpreisträger Daniel Kahneman beschreibt in seinem bedeutenden Werk «Thinking fast and slow» die eigentümliche menschliche Eigenschaft, aus zufällig im Gedächtnis gespeicherten und oft bruchstückhaften Informationen spontan in sich kohärente Geschichten zu konstruieren, die man dann für wahr hält. Mit diesen Geschichten ist keineswegs eine Täuschungsabsicht verbunden. Unser Gehirn ist so beschaffen, dass es Kausalitäten liebt und bei der Konstruktion von solchen Geschichten wenig Wert auf die Zuverlässigkeit und Vollständigkeit der spontan zur Verfügung stehenden Informationen legt. Gewiss, unser Gehirn ist in der Lage, diesen Mangel durch bewusste geistige Anstrengung zu korrigieren. Dies ist indessen mühsam und braucht Überwindung, und deshalb scheuen die meisten Menschen diese Arbeit. In solchen Geschichten werden, um deren Kohärenz zu erzwingen, die mehr oder weniger zufällig gespeicherten Informationen zu in sich plausiblen Kausalketten verbunden. So kann aus einer Aneinanderreihung von Zufälligkeiten der täuschende Eindruck von Kausalität entstehen, etwa nach dem einfachen Motto «gleichzeitig gleich deswegen». Wer mit offenen Augen durch die Welt marschiert, wird plötzlich erschreckt erkennen, dass Politik und Medien von solchen fiktiven Kausalitäten nur so strotzen.

Wichtig ist nun zu erkennen, dass die Elemente M, I, K und Z interagieren und sich gegenseitig beeinflussen. Natürlich ist die Formel ziemlich primitiv. Aber sie ist ein guter Behelf, wenn ein Problem analysiert werden muss. Die erste Frage betrifft M: Kann ich beispielsweise den CEO oder den Premierminister auswechseln, und dann wird alles gut? Oder liegt das Problem nicht vielmehr in den Fehlanreizen der Institutionen I, etwa in einem falschen Lohnsystem,

einer falschen Firmenstruktur oder einem falsch konzipierten Föderalismus? Oder muss ich mich vor allem um die Kultur K kümmern, wenn ein Adoboli zu spät entdeckt wird oder wenn das Instrument der Volksinitiative plötzlich destabilisiert statt stabilisiert? Und ist es gar denkbar, dass ich aufgrund fiktiver Kausalitäten falsche Massnahmen treffe und beispielsweise den richtigen Mann durch den falschen ersetze, wo nur der Zufall Z zugeschlagen hat?

Alles das muss auch bedacht werden, wenn es um die Schuldenbremse geht. Die Formel erinnert daran, dass bei politischen oder wirtschaftlichen Analysen alle vier Terme zu bedenken sind.

3. Die Demokratie ist nach aller Erfahrung die einzige Regierungsform, welche allen Menschen auf Dauer ein Leben in Würde und Wohlstand ermöglicht. Allerdings hat sich in der jüngsten Finanzkrise gezeigt, dass bewährte und wohlhabende Demokratien in grosse Probleme geraten sind. Das ist auf Fehlanreize zurückzuführen, welche der Demokratie inhärent sind. Es stellt sich die Frage, wie diese Fehlanreize mit institutionellen Massnahmen gemildert werden können.

Für Wohlstand unentbehrliche Erfordernisse wie Chancengleichheit, Bildung für alle und zureichende Freiheiten haben viel mit dem politischen System zu tun. Die Demokratie sichert die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetze, vertraut Macht nur auf Zeit an, lässt die Abwahl von Politikern zu, welche ihre Macht missbrauchen, verteilt diese Macht breit und ermöglicht demokratisch allen Gruppen Zugang zur Macht auf Zeit. Deshalb ist die Demokratie am besten geeignet, Fehlentwicklungen auch immer wieder zu korrigieren. Nun sind aber gerade in der gegenwärtigen Krise bewährte Demokratien in grosse Probleme geraten, während autokratische Systeme und «gelenkte» Demokratien, die auf Marktwirtschaft setzen, im Aufschwung sind. Deshalb hat für viele aufstrebende Länder die Demokratie an Strahlungskraft verloren.

Wenn man der Frage nachgeht, warum so viele Demokratien versagen, stösst man auf institutionelle Fehlanreize, welche den Demokratien auf Dauer Probleme bereiten. Ich will nur deren drei erwähnen:

Erstens: Die unverantwortliche explizite Verschuldung vieler Staaten und die in den Staatsrechnungen leider nicht sichtbare und teilweise noch dramatischere implizite Verschuldung, welche auf nicht finanzierte und nicht bilanzierte sozialstaatliche Leistungsversprechen zurückzuführen ist, gefährden in vielen Fällen den Wohlstand für Jahrzehnte. Sie sind auf einen der grundlegendsten Fehlanreize der Demokratie zurückzuführen, den gefährlichen Anreiz nämlich, aus wahlpolitischen Gründen Leistungen an die eigenen Wähler zu beschliessen, die andere bezahlen müssen oder die man durch Schulden finanziert.

Zweitens: Nobelpreisträger Kahneman beschreibt in seinem erwähnten Buch unter dem Titel «Verfügbarkeitskaskade» einen Prozess, der die Politik von Demokratien häufig in

die Irre führt. Es handelt sich um einen emotionalen Prozess, der zum Beispiel mit einem Medienbericht über ein unbedeutendes, aber skandalisierungsträchtiges Einzelereignis beginnt. Andere Medien springen auf, Empörungsunternehmer aus Politik und Medien füttern den Prozess mit einem ständigen Fluss beunruhigender Nachrichten, bis daraus die öffentliche Wahrnehmung eines gravierenden und flächendeckenden Missstandes entsteht, der die politische Regulierungsmaschinerie anwirft. Dieser Prozess setzt die politischen Prioritäten neu fest, und zwar nicht gemäss den wahren Notwendigkeiten, sondern nach Massgabe des künstlich erzeugten Pegels an Empörung. Ein unglücklicher Hundebiss erzeugt den Ruf nach einer nationalen Hunderegelung, oder zwanzig ärgerliche Saläre von vier Millionen normalen Salären verursachen eine höchst problematische und langfristig schädliche Governance-Regulierung voller Fehlanreize.

Drittens: Institutionen haben über ihre Anreizstrukturen nicht nur Auswirkungen auf das Verhalten der Menschen als Individuen, sondern auch auf Staaten, Gliedstaaten und Kommunen. Deshalb brauchen diese Gemeinwesen Strukturen, welche ihre Selbstverantwortung stärken. Bei stark zentralisierten Staaten wird zu viel Verantwortung an die oft bürgerferne Zentrale abgeschoben. Dezentrale Systeme, in welchen die Verantwortung für einzelne Aufgaben gemäss dem Subsidiaritätsprinzip so tief wie möglich und damit in Bürgernähe angesiedelt ist und in welchen nach dem fiskalischen Äquivalenzprinzip Verantwortung, Ausführung und Finanzierung in einer Hand sind, sind erfolgreicher und krisenresistenter als zentralistische Systeme. Selbstverantwortlich werden Gemeinwesen zudem nur dann handeln, wenn sie auch Bankrott gehen können. Die Politik verlangt das richtigerweise von systemrelevanten Banken. Es gilt aber auch beim Staat. Alles das hat mit einem richtig strukturierten Föderalismus zu tun. Nach Leukerbad, das unlängst Pleite machte und sich selber wieder aufrappeln musste, wird nicht so bald eine weitere Gemeinde die gleichen Fehler wiederholen.

4. Das Volk vertraut den Politikern die Kompetenz an, Entscheide zu fällen, die ebendieses Volk betreffen. Wo übermächtige Anreize bestehen, Entscheide zu treffen, welche dem Lande langfristig schaden, tut das Volk gut daran, die Politiker wie Odysseus an den Mast zu binden und ihnen damit zu verunmöglichen, den Sirenengesängen von Wähler- und Interessengruppen zu folgen.

George Buchanan zeigte mit seiner Public Choice-Theorie, dass Politiker nicht Menschen höherer moralischer Qualität sind. Sie folgen genauso ihren persönlichen Interessen wie die Wirtschaftsleute. Aber sie bewegen sich in einem unterschiedlichen institutionellen Umfeld. Deshalb verhalten sie sich unterschiedlich. Ich will in diesem Zusammenhang hier näher auf den Fehlanreiz der Demokratie zum Schuldenmachen eingehen.

Schulden von Haushalten – zum Beispiel Hypotheken für ein Eigenheim –, Schulden von Unternehmen oder Schulden von Staaten sind nicht per se schlecht. Im Gegenteil! Mit Schulden können Investitionen finanziert werden, die ökonomisch sinnvoll sind und de-

ren Rendite die Rückzahlung finanziert. So kann auch der Staat Projekte finanzieren, welche Produktivität und Wachstum steigern. Zudem sind Staatsanleihen nützliche Anlageinstrumente für die privaten Haushalte, sofern sie von soliden Staaten stammen.

Nun kann aber niemand auf Dauer mehr ausgeben als einnehmen. Ganz grundsätzlich macht die Anhäufung übermässiger Schulden, wie dies Reinhart und Rogoff gezeigt haben, einen Staat für Vertrauenskrisen anfällig. Zahlreiche empirische Studien, unter anderem vom IWF, zeigen, dass von einer Verschuldungsquote von etwa 90 Prozent des Bruttoinlandprodukts an das Wachstum signifikant beeinträchtigt wird. Unternehmen befürchten Steuererhöhungen und abnehmende Standortqualität, was ihre Investitionslust dämpft. Die Risikozuschläge der Staatsanleihen steigen, und die Zinsausgaben schränken den Handlungsspielraum des Staates jetzt und durch die Schuldenlast jenen künftiger Generationen ein. Wo ein finanziell zerrütteter Staat in einer Rezession gleichzeitig die Ausgaben massiv kürzen muss, kann eine Teufelsspirale nach unten entstehen. Wo er umgekehrt mit einem Konjunkturpaket Wachstum stimulieren will, kann dies die Defizite derart erhöhen, dass die Anfälligkeit für eine Vertrauenskrise noch rascher steigt.

Als ich Ende der 90iger Jahre im Parlament solche Szenarien schilderte, erntete ich nicht nur bei der Linken mitleidiges Lächeln und erwarb mir den Ruf eines notorischen Schwarzmalers. Heute können Sie die Beispiele täglich in den Medien verfolgen. Deshalb haben viele Politiker – leider nicht alle! – heute mehr Verständnis für eine solide Haushaltspolitik als damals.

Nun gibt es unabhängig von der Haltung der Politiker in entwickelten Staaten sozusagen inhärente Ausgabentreiber. Nach dem Wagnerschen Gesetz steigt mit dem Wohlstand und dem technologischen Fortschritt die Nachfrage nach öffentlichen Gütern und Dienstleistungen. Zugleich steigen gemäss der sogenannten Baumolschen Krankheit deren relative Kosten, weil sie – etwa im Gesundheitsbereich – schwerer rationalisierbar sind. Als ob das nicht schon genügte, kommt noch das schwerwiegende Problem des demographischen Wandels dazu.

Die Verschuldungsneigung der Demokratie hat aber weitere Ursachen. Politiker wollen wiedergewählt werden. Deshalb denken viele von Ihnen in Legislaturen und nicht in Generationen. Sie versuchen, Stimmen für Ihre Wiederwahl faktisch zu kaufen, indem sie jenen, die sie unterstützen, Vorteile auf Kosten der Allgemeinheit verschaffen wollen. Weil es populärer ist, Leistungen zu versprechen als Steuererhöhungen, entsteht ein Anreiz zur Finanzierung dieser Leistungen mit Schulden. Natürlich sind längst nicht alle Politiker verantwortungslose Wählerfischer. Aber diese Anreize sind real wirksam, oft auch unbewusst, und sie werden mit der Professionalisierung der Parlamente stärker. Während der Milizpolitiker auch ohne Politik gut leben kann, hängt beim Berufspolitiker meist die ganze Existenz an der Wiederwahl. Das beeinflusst ihn.

Private Schuldner haften bei Verlusten persönlich. Politiker, welche Schulden beschliessen, haften indessen nie. Es sind die Steuerzahler von morgen, die zur Kasse gebeten wer-

den, und dannzumal sind längst andere Politiker am Zuge. Zudem entscheiden in der Politik immer Kollektive in komplexen Prozessen, so dass die individuell für Fehlentscheidungen Verantwortlichen kaum je eruiert sind. Deshalb funktioniert die so wichtige Euckensche Zusammengehörigkeit von Risiko und Haftung in der Politik nicht.

Private und Unternehmen sind inhärenten Schuldenbremsen unterworfen. Der Kreditgeber des Privaten hat ein Interesse, die Bonität des Kreditnehmers sorgfältig zu überwachen. Der Private haftet für seine Schulden, das Unternehmen wird bei Überschuldung nach einem geregelten Verfahren aufgelöst. Die Aktionäre verlieren alles. Das alles wirkt präventiv: Aktionäre verkaufen rechtzeitig, wenn unsorgfältig gewirtschaftet wird, und Medien und Analysten verfolgen die Finanzlage des Unternehmens permanent kritisch. So ist denn Überschuldung im Privatsektor eher selten.

Weil diese Mechanismen beim Staat fehlen, sind institutionelle Massnahmen zur Dämpfung der staatlichen Verschuldungsneigung nicht nur legitim, sondern zwingend. Auch die EU hat mit den Maastricht-Kriterien und dem sogenannten Bailout-Verbot im Lissabon-Vertrag entsprechende Mechanismen eingeführt. Leider wurden beide Verträge von ihren Schöpfern selber gebrochen.

- 5. Viele glauben, der Staat könne durch ständig steigende Ausgaben selber das BIP erhöhen und damit in der Wirtschaft eine Multiplikatorwirkung erzeugen, welche so viel Wachstum erzeugt, dass die daraus resultierenden Zusatzsteuern die Mehrausgaben decken. Dieses Perpetuum Mobile erinnert an den Baron Münchhausen, der sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zieht. Leider bleibt der Baron meist im Sumpf stecken und muss dabei erst noch ziemlich Haare lassen.**

Natürlich spiele ich hier auf jene an, die sich bei der masslosen Ausgabenpolitik stets auf den Ökonomen John Maynard Keynes berufen. Ich glaube, dass die letzten Jahre gezeigt haben, dass die Wirkung keynesianischer Wirtschaftsstimulierung entweder gar nicht eintritt – bei kleinen offenen Volkswirtschaften verpufft sie ohnehin – oder dann nur für eine begrenzte Zeit. Richtig ist natürlich, dass drastisches Sparen des Staates in der Rezession diese verschärfen kann, allerdings auch das häufig nur für eine begrenzte Zeit. Zumindest zeigt die Erfahrung – ich erwähne beispielhaft nur die Türkei, Schweden, Polen, Lettland oder Estland –, dass rasch umgesetzte substantielle ausgabenseitige Sparprogramme, kombiniert mit mutigen institutionellen Reformen etwa im Bereich der Arbeitsmärkte, zwar kurzzeitig das Leiden erhöhen, aber später rascheres und nachhaltigeres Wachstum erzeugen. Man würde sich wünschen, auch Länder wie Italien oder Frankreich würden diese Erfahrung zur Kenntnis nehmen.

Unter normalen Verhältnissen sollten bei soliden Staaten die automatischen Stabilisatoren – etwa die Arbeitslosenversicherung und progressive Steuern – zur Konjunktursteuerung genügen. Aber es ist klug, eine institutionelle Schuldenbremse so zu konzipieren,

dass sie in der Rezession Defizite zulässt, die im Boom wieder abzutragen sind. Sie wirkt damit antizyklisch. So funktioniert bekanntlich auch der Mechanismus der schweizerischen Schuldenbremse.

Ich habe Keynes erwähnt. Ich weiss natürlich, dass er einer der ganz grossen Ökonomen war. Aber sein Name wurde mir immer wieder wütend ins Gesicht geschleudert, als wir Ende der 90iger Jahre angingen, den trägen Supertanker Bundesfinanzen in die richtige Richtung zu zwingen. Seither reagiere ich auf diesen Namen eher allergisch.

Die aktuelle Krise zeigt, wie wichtig es ist, in guten Zeiten die Finanzen zu konsolidieren und damit die sogenannte Krisenresilienz zu verbessern. Die UBS hätte wohl von einem finanziell zerrütteten Staat kaum ohne enorme Risiken gestützt werden können.

6. In der Demokratie ist der Weg des politischen Prozesses von der Zieldefinition bis zur Umsetzung von Massnahmen steinig, voller Umleitungen, Sackgassen, Abirrungen, Verzögerungen und Abstürzen, und es ist nie ganz sicher, ob das Endergebnis schliesslich wirklich zum Ziel führt. Wo aber ein klarer Wille besteht und ein gutes Team am Werk ist, ist dieser Weg durchaus begehbar.

Der politische Entscheidungsprozess in der Schweiz ist komplex und aufwändig. Er beginnt mit Impulsen aus dem Volk, aus dem Parlament, aus dem Bundesrat, aus der Verwaltung oder von internationalen Organisationen und neuerdings von anderen Staaten. Diese Impulse lösen eine ganze Reihe von Aktivitäten aus, angefangen bei Expertenstudien und Verwaltungsberichten über Bundesratsbeschlüsse, Vernehmlassungen und Botschaften an die Räte bis zu Beschlüssen in parlamentarischen Kommissionen und in den zwei Kammern sowie schliesslich zu Volksabstimmungen. Immer entstehen neue Situationen, Lobbyisten sind am Werk, Querschüsse stören, Bremser und Beschleuniger ziehen nach allen Richtungen, und in allen Gremien mit Beschlusskompetenzen besteht Absturzgefahr. Die Medien, deren Aufgabe in der Demokratie eigentlich die Information und die Kontrolle ist, mischen neuerdings als Mitspieler kräftig mit. Es ist eigentlich erstaunlich, wie gut die Schweiz bisher mit diesem ständigen und hektischen Gewurstel gefahren ist. Ständig müssen sich die Verantwortlichen Fragen stellen: Wie findet man zureichende Gefolgschaft? Wie geht man mit Rückschlägen um? Welche Kompromisse kann man eingehen, ohne die Wirkung zu verwässern? Kann man als Bundesrat etwas bewirken, oder ist man nur Getriebener oder Ausgebremster?

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass man mit einer klaren Zielsetzung, einer nachvollziehbaren Strategie, einem motivierten und kompetenten Team sowie zäher Beharrlichkeit auch gegen Widerstände viel bewirken kann. Gewiss, alles gelingt nie. In meinem Verantwortungsbereich sind beispielsweise die Blauhelme und die Solidaritätsstiftung gescheitert. Zahllose wichtige Vorlagen wie die erste Armeereform unmittelbar nach der Wende 1989, die Beschaffung des F-A/18, das Haushaltsziel 2001, die Schuldenbremse,

die zwei grössten bisherigen Sparpakete und die Erneuerung des Föderalismus – eines der grössten Reformprojekte des Bundes überhaupt –, waren erfolgreich. Ich will am Beispiel der Schuldenbremse zeigen, wie ein solcher Prozess gesteuert werden kann.

Grundsätzlich muss man stets versuchen, die einzelne Massnahme so in eine breite und nachvollziehbare Strategie einzubauen, dass sie die Bürger als wichtiges Element zur Erreichung eines übergeordneten Zieles verstehen und einordnen können. Die Bürger werden einem sündhaft teuren Kampfflugzeug nur zustimmen, wenn sie dessen unverzichtbare Funktion im Kontext einer nachvollziehbaren Politik zur Sicherheit des Landes verstehen. Und sie werden eine Schuldenbremse, die von allen Opfer verlangt, nur akzeptieren, wenn sie als unverzichtbarer Teil eines begreifbaren Konzeptes zur nachhaltigen Schaffung von Wohlstand und zur Sicherung der politischen Spielräume der kommenden Generationen verstanden wird. Dabei ist auch Kommunikation entscheidend wichtig, aber diese wirkt langfristig nur, wenn sie durch echte Substanz unterlegt ist.

7. Die Schuldenbremse ist ein wichtiges Element eines breit angelegten und erfolgreichen finanzpolitischen Konzeptes. Allerdings neigen auch die besten Konzepte in der Tagespolitik mit der Zeit zur Verschlammung. Die Anzeichen dafür mehren sich.

Die Schweizer Schuldenbremse ist wohl eine enorm wichtige institutionelle Massnahme für sich allein, aber doch Teil einer viel breiter angelegten Strategie. Eine nachhaltige Finanzpolitik hat ja nicht den Zweck, dem Bürger die Rente oder den Filmschaffenden die Subvention zu kürzen. Sie hat extrem vereinfacht gesagt zum Ziel, durch Standortqualität Wohlstand zu ermöglichen, durch Verteilungsgerechtigkeit politische Stabilität zu fördern und durch Nachhaltigkeit die Chancen der künftigen Generationen zu wahren. Die Bürger werden schmerzhaften Einzelmassnahmen nur zustimmen, wenn sie diese Massnahmen als notwendige Schritte zur Erreichung dieses Ziels einordnen können. Dazu kommt, dass auch die Politik einen konzeptionellen Rahmen braucht, um eine kohärente Finanzpolitik zu realisieren. Zudem ist die Diskussion solcher Konzepte bewusstseinsbildend.

Allerdings begann die Arbeit unseres Teams an einer strategischen Wende nicht mit dem Gesamtkonzept. Der Anlass waren auch nicht die Vorbilder der kantonalen Schuldenbremse oder das Modell, das vorher unter Bundesrat Stich einmal in die Vernehmlassung gegeben worden war und in irgendeiner Schublade ruhte. Der Anlass war sehr viel profaner: Persönlicher Frust!

Noch hatte ich die endlosen Budgetsitzungen mit Otto Stich – oft gingen sie bis tief in die Nacht! – in Erinnerung, die nach langem Feilschen um kleinste Posten nur zu halbwegs brauchbaren Sparresultaten führten, von denen dann nach den parlamentarischen Debatten bestenfalls die Hälfte übrigblieb. Schon bald nach der Übernahme des Finanzdepartementes kam ich – bei allem Respekt für den überaus kompetenten Otto Stich! – zur Einsicht, dass die herkömmliche Methode des postenweisen Feilschens nicht zielführend

war und dass es eines strategischen Ansatzes bedurfte. Ich schrieb in einer schlaflosen Nacht ein Memo, worin ich zum Schluss kam, dass es nicht nur eine in der Verfassung festgeschriebene Ausgabenbegrenzung brauche, sondern auch eine klar definierte Sanktion für den Fall der Überschreitung, eine präzise Vorschrift also, was im Falle der Überschreitung dieser Begrenzung konkret und zwingend zu geschehen habe. Ich dachte zunächst beispielsweise an eine einfache Regel, wonach die Ausgaben nur noch mit der Teuerung wachsen dürften. Ich gab das Papier dem damaligen Direktor der Finanzverwaltung mit dem Auftrag, mit seinem Team Vorschläge auszuarbeiten. Nach einiger Zeit kam er mit der Idee des sogenannten Haushaltsziels 2001 zurück. Es war dies eine Verfassungsvorschrift, welche die Beseitigung des strukturellen Defizits bis zum Stichjahr 2001 erzwingen sollte, kombiniert mit einem Zwischenziel in Form eines maximalen Defizits von 4 Milliarden CHF für das Jahr 1999. Ich brachte die Idee im Bundesrat trotz grosser Bedenken einiger Kollegen durch. In der Botschaft an das Parlament kündigten wir schon an, dass nach 2001 eine unbefristete Verfassungsnorm das Haushaltsziel ablösen müsse. Gegen den Widerstand der Ratslinken – SP, Grüne und LdU hatten Nichteintretensanträge gestellt – wurde die Vorlage am 9. Dezember 1997 vom Parlament akzeptiert.

Um dem Einwand zu begegnen, dass Volk wisse bei der obligatorischen Abstimmung nicht, wo dann was gespart würde und müsse die Katze im Sack kaufen, handelten wir in zähem Ringen mit den Kantonen, Wirtschaftsverbänden und Regierungsparteien am sogenannten «Runden Tisch» im April 1998 das sogenannte Stabilisierungspaket im Umfang von 2 Milliarden aus. Das war eine sehr schwierige Übung, die mehrmals beinahe gescheitert wäre. Das Volk stimmte im Wissen um die Sparvorschläge des Runden Tisches dem Haushaltsziel am 7. Juni 1998 mit 70,7% Ja zu. Dieses Signal war so stark, dass das Parlament der gesetzlichen Umsetzung des Runden Tisches mit nur wenigen Änderungen am 19. März 1999 zustimmte. Das Verfahren bewährte sich, indem keine Interessengruppe oder Partei das Referendum ergriff. Dies war das erste wirklich substantielle Sparprogramm der Eidgenossenschaft.

Weil ungefähr 80% der Ausgaben gesetzlich gebunden sind, können bei Budgetberatungen nur wenige, nicht gebundene Ausgabenkategorien wirklich beeinflusst werden, beispielsweise Investitionen, Entwicklungshilfe oder Landesverteidigung. Wirklich ausgewogene Sparpakete führen deshalb zu langwierigen gesetzgeberischen Verfahren mit Referendumsmöglichkeit. Daraus resultiert bekanntlich die enorme finanzpolitische Trägheit des Supertankers Bund.

Noch während der Arbeit am Runden Tisch und am Haushaltsziel kamen wir im Team zur Einsicht, dass die gesamte Finanzpolitik des Bundes einer integralen und kohärenten Strategie bedurfte. Diese Strategie sollte nicht nur die Ziele der Finanz- und Steuerpolitik beschreiben, sondern auch schon die einzelnen Instrumente und deren Zusammenwirken skizzieren. Wir wussten auch schon damals, dass das Haushaltsziel nur ein befristeter Zwischenschritt war und dass wir das Volk nochmals zu einer definitiven Lösung würden befragen müssen.

Die Strategie wurde schliesslich in die Form eines Leitbildes gegossen. Es ist das Finanzleitbild des Bundesrates vom 4. Oktober 1999. Es wurde vom Parlament in der ersten Hälfte des Jahres 2000 mit einigen Misstönen vom Ständerat in zustimmendem Sinne und vom Nationalrat ohne Prädikat zur Kenntnis genommen. Dass sich der Nationalrat nicht zu einer Zustimmung durchringen konnte, war Ausfluss grosser Skepsis gegenüber einer soliden regelgebundenen Fiskalpolitik.

Das Leitbild definierte die Ziele, Grundsätze und Instrumente der künftigen Finanzpolitik. Es liest sich noch heute wie ein gutes Lehrbuch, und für mich ist es noch immer der Ausgangspunkt der erfolgreichen Wende bei den Bundesfinanzen, auch wenn es keine bindenden Vorschriften umfasste. Es definierte vorab die Allokations-, Verteilungs- und Stabilisierungsziele der Finanzpolitik; verlangte aus Standortgründen Fiskal-, Steuer- und Staatsquoten bei den tiefsten innerhalb der OECD; forderte eine schwergewichtig ausgabenseitige Sanierung, weil empirisch nachgewiesen werden kann, dass einnahmenseitige Sanierungen meist scheitern (wie beispielsweise Alesina in der Zwischenzeit nachgewiesen hat); schrieb die Beseitigung der strukturellen Defizite vor; sah eine periodische Überprüfung der Aufgaben des Bundes vor; definierte Subventions- und Besteuerungsgrundsätze; und formulierte schliesslich den Grundsatz der allmählichen Senkung der Verschuldungsquote durch den Rechnungsausgleich über einen Konjunkturzyklus hinweg. Einige Instrumente wurden schon angedacht, davon zwei ganz zentrale mit vergleichbarer Bedeutung, die Schuldenbremse und der neue Finanzausgleich NFA, das Kürzel für die grosse Föderalismusreform.

Hier möchte ich einige Bemerkungen zum Föderalismus beifügen! Die Schuldenbremse ist eine Vorschrift. Das ist aus den geschilderten Gründen nötig. Wichtiger aber ist letztlich, dass die Institutionen die richtigen ökonomischen Anreize vermitteln. Ein richtig strukturierter Föderalismus ist dafür ein zentraler Baustein. Er bündelt die Staatsmacht durch Aufteilung auf drei Ebenen. Er führt durch den Systemwettbewerb zu innovativen Lösungen. Er führt die Entscheide näher zum Bürger, was bedarfsgerechtere Staatsleistungen ergibt. Und der Steuerwettbewerb erzwingt ein günstiges Preis-Leistungs-Verhältnis für die Bürger wie bei einem Unternehmen.

Aber alles das funktioniert nur, wenn bei der Staatstätigkeit die Verantwortung, Entscheidungsbefugnis und Finanzierung gemäss dem erwähnten fiskalischen Äquivalenzprinzip nicht auseinander klaffen. Weil auch bei uns dieses Erfordernis zunehmend verwischt worden war, war dieses wohl grösste Reformprojekt der letzten Jahre nötig, und dass es ohne zu grosse Verwässerungen erfolgreich realisiert wurde, macht mich fast noch stolzer als die Schuldenbremse. Es war übrigens schon von Otto Stich eingeleitet worden und wurde mit den Kantonen als gleichberechtigte Partner an die Hand genommen. Dieses Projekt ist denn auch europaweit auf grosses Interesse gestossen. Ich darf an dieser Stelle Herrn Professor René Frey herzlich für seine wertvolle Mitarbeit danken. Dass es, nachdem mit diesem Projekt der Finanzausgleich endlich transparent und steuerbar wurde, zu

politischen Diskussionen zwischen Gebern und Nehmern führt, ist in der Politik selbstverständlich. Das einzige, was mich an dieser Diskussion stört, ist bei einigen der sich lautstark äussernden Politiker das mangelnde Verständnis für die zugrundeliegenden so wichtigen staatspolitischen und ökonomischen Prinzipien.

Die Schuldenbremse ist eine globale Vorgabe. Sie ist zwar restriktiv, aber doch flexibel genug, um sich ökonomischen Realitäten anzupassen. Aber durch diese Vorgabe allein ist noch nichts gespart. Unsere alte wirkungslose Verfassungsvorschrift, aber auch alle gebrochenen Verträge in der EU, welche die Finanzdisziplin betreffen, sind Beispiele. Die eigentliche Knochenarbeit kommt nachher: Die Disziplin bei der Budgetierung, die Zurückhaltung bei neuen Aufgaben und, wo nötig, die Sparpakete. Deshalb war es so wichtig, dass das Schweizervolk der Schuldenbremse politische Autorität verlieh. Sie wurde im Parlament im Juni 2001 mit einigen politischen Nebengeräuschen verabschiedet und vom Stimmvolk am 2. Dezember 2001 mit 84,7% Ja angenommen. Das war ein Paukenschlag, der auch dem ahnungslosesten Hinterbänkler klar machte, dass es wie früher nicht mehr weitergehen konnte. Damit war der Boden für weitere Sparprogramme bereitet. Nach zähem Ringen und Feilschen brachte ich im Parlament in meiner letzten Session, der Wintersession 2003, das bisher grösste aller Sparprogramme, das Entlastungsprogramm 2003 im Betrag von 3 Milliarden in der Schlussabstimmung durch. Im Jahre darauf verabschiedete das Parlament das Entlastungsprogramm 2004 mit meinem Nachfolger im Betrag von rund 2 Milliarden. Mit den rund 7 Milliarden aus dem runden Tisch und den beiden Entlastungsprogrammen war das strukturelle Defizit gebändigt, und das folgende Wirtschaftswachstum führte zu den Überschüssen.

Silvio Borner führt in seinem ausgezeichneten Buch über Staatsverschuldung die wichtige Annahme der Schuldenbremse darauf zurück, dass es sich um eine abstrakte Regel handelte und es noch nicht bekannt war, wen die unausweichlichen Sparpakete treffen würden. Es ist nicht auszuschliessen, dass auch dieses Argument einen gewissen Einfluss hatte. Aber es unterschätzt das K (Kultur) in meiner Formel. Ich glaube, dass es im Schweizervolk noch solide Überzeugungen und Werte gibt – Selbstverantwortung, Gesundes Misstrauen gegen einen überbordenden Staat, Bewusstsein, dass man nicht stets mehr ausgeben als einnehmen kann etc. –, welche neben dem egoistischen Eigeninteresse das Abstimmungsverhalten mitprägen. Die Stimmbürger haben in unserer Geschichte immer wieder eine erstaunliche Reife gezeigt, und das belegt, dass der K-Faktor den I-Faktor positiv beeinflussen kann. Ein Beleg dafür ist das Haushaltsziel: Hier wurde das zu erwartende Sparpaket des Runden Tisches bewusst aus Transparenzgründen vor der Abstimmung offengelegt, und trotzdem resultierten die erwähnten über 70% Ja-Stimmen.

Der Paukenschlag des Abstimmungsergebnisses ist mittlerweile verklungen, und die alten Geister beginnen sich ob unserer sehr komfortablen Situation langsam wieder zu regen. Das Parlament bekundet Mühe mit dem unlängst vom Bundesrat geschnürten Sparpaket.

Generell hat die Finanzdisziplin nachgelassen. Mit allerhand Fondskonstruktionen wird im Grunde die Schuldenbremse ausgebremst und werden gewisse Aufgaben der periodischen Prioritätsüberprüfung entzogen. Die Unfähigkeit, unsere Sozialwerke im Hinblick auf die demographischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu sichern, ist Beleg dafür, dass die finanzpolitischen Fehlanreize auf diesem Gebiet noch immer voll wirken, dies möglicherweise mit desaströsen Folgen für die nächsten Generationen. Neue Aufgaben werden ungeachtet der staatspolitischen und ökonomischen Prinzipien den föderalistischen Ebenen zugeteilt, und die rasch fortschreitende Zentralisierung entleert den Föderalismus schleichend seiner Substanz. Alles das ist es, was ich als Verschlammung bezeichne. Prof. Schaltegger hat ja zusammen mit Lars Feld mögliche Schuldenbremsen für die AHV vorgeschlagen, die offenbar, obwohl sie dringend nötig wären, auf erbitterten politischen Widerstand stossen.

Schleichende negative Veränderungen, wie wir sie auch bei der leisen Erosion der Standortbedingungen generell feststellen, sind besonders gefährlich. Oft bemerkt man sie kaum, bis plötzlich Kippeffekte auftreten, welche Krisen auslösen können. Das gilt es ob der auf den ersten Blick erfreulichen Entwicklung der Bundesfinanzen zu bedenken. Mein über 90-jähriger Onkel pflegte mir während meiner Zeit als Unternehmer mindestens einmal monatlich ins Stammbuch zu schreiben, gute Zeiten seien besonders gefährlich, weil man dann beginne, Fehler zu machen. In dieser Situation befinden wir uns jetzt.

8. In der Schweiz findet eine intensive Auseinandersetzung um das Staatsverständnis statt. Die Idee des liberal verfassten Rechtsstaates mit klaren Prinzipien steht dem Modell des Wohlfahrtsstaates mit hohen Ausgaben, hohen Transfers und hohen Steuern gegenüber. Es ist ein Kulturkampf, der noch nicht entschieden ist und dessen Ausgang die institutionelle Weiterentwicklung und den künftigen Wohlstand in der Schweiz entscheidend prägen wird.

Wohlstand wird von den Menschen geschaffen. Deshalb müssen die Anreizsysteme der Kultur und der Institutionen so beschaffen sein, dass die Menschen diese Leistung erbringen können und wollen. Das ist dann der Fall, wenn erstens die Marktwirtschaft über die notwendigen Freiräume verfügt; wenn zweitens die Früchte der Leistung der Menschen nicht durch höhere Steuern, stets stärker relativierte Eigentumsgarantie, Inflation etc. enteignet werden; wenn drittens der Talentpool des ganzen Volkes, nicht nur einer privilegierten Klasse, erschlossen wird; wenn viertens flexible Arbeitsmärkte und zurückhaltende Regulierung den ständigen Ersatz des Obsoleten durch Neues erlauben; und wenn fünftens die Gesellschaft stabil, zureichend ausgeglichen und gegen unverschuldete Not zureichend geschützt ist.

Der Staat, der solches ermöglicht, ist der liberal verfasste Rechtsstaat, der einen tauglichen Rahmen für eine florierende soziale Marktwirtschaft schafft.

Unsere politische Kultur mit einer ausgewogenen Mischung aus Freiheitsdrang, Selbstverantwortung und nationaler Solidarität, mit der direkten Demokratie sowie mit einer Struktur des Staates mit Kantonen und Gemeinden mit hoher Autonomie, hat die Schaffung eines solchen Staates ermöglicht und ist der Hauptgrund dafür, dass diese Wohlstandsbedingungen in der Schweiz im internationalen Vergleich überdurchschnittlich erfüllt sind. Das ist die Grundlage unseres Erfolges.

Diesem Modell steht immer deutlicher sozusagen als Gegenmodell das Modell des gleichmacherischen Wohlfahrtsstaates mit hohen Steuern, hoher Umverteilung, hohen Ausgaben und hoher Regelungsdichte gegenüber. Dieses Gegenmodell erfüllt meine fünf Wohlstandsbedingungen nicht mehr zureichend, und unsere europäische Umgebung zeigt augenfällig und schonungslos sein Versagen und seine Schwächen. Trotzdem übt es auf viele Menschen eine seltsame Faszination aus.

Die Auseinandersetzung ist in vollem Gange, und das zweite Modell hat an Boden gewonnen. Mit einem ganzen Strauss von Initiativen – Masseneinwanderung, Ecopop, 1:12, Abzocker, Mindestlöhne, Erbschaftssteuer, bedingungsloses Grundeinkommen, Spekulationsverbot, AHV-Rentenaufstockung, staatliche Einheitskrankenkasse, neuerdings die sich unter dem Kürzel fifty-fifty in Vorbereitung befindliche Initiative etc. – ist eine geballte Ladung in die politische Pipeline eingespeist worden, welche bei zureichender Realisierung die Schweiz dem zweiten Modell annähern und unsere wirtschaftliche Situation markant verschlechtern würde. Ich bin sogar überzeugt, dass bei dieser Auseinandersetzung nichts weniger als unser Wohlstand auf dem Spiel steht. Noch ist sie nicht entschieden. Einige Initiativen wurden angenommen (ein beunruhigendes Signal!), andere glücklicherweise verworfen, viele sind noch hängig.

Ich möchte aus einer Reihe möglicher Gründe nur vier herausgreifen, die an dieser Entwicklung mitwirken:

Erstens findet ein schleichender Wertewandel vom Selbstverantwortungsbürger Richtung Anspruchsbürger und vom Drang nach Freiheit Richtung Anspruch auf Betreuung statt. Zu diesem Wertewandel gehört auch die Wahrnehmung einer zunehmenden Ungerechtigkeit des Wirtschaftssystems, obwohl diese jeglicher statistisch nachweisbaren Grundlage entbehrt.

Zweitens besteht ganz generell eine Diskrepanz zwischen Perzeption und Realität. Das hat mit der vorne geschilderten Kahnemanschen Verfügbarkeitskaskade zu tun, durch welche Scheinprobleme aufgebläht und wichtige Probleme verdrängt werden.

Drittens ist in unserer zunehmend zersplitterten Parteienlandschaft Profilierung tendenziell wichtiger als Problemlösung geworden. Das ist der Grund dafür, dass die Volksinitiative durch den zu häufigen Gebrauch als Wahlkampfmittel von einem wichtigen politischen

Impulsgeber und von einem stabilisierenden Ventil für das Volk zu einem Faktor der Unberechenbarkeit der Zukunft geworden ist. Das ist für die Standortbedingungen Gift.

Viertens hat das Vertrauen in die Wirtschaft gelitten, so dass die berechtigten Argumente der Wirtschaft zunehmend auf Unverständnis stossen. Die Wirtschaft selber trägt dafür eine Mitverantwortung. Sie macht zwar ihre Arbeit hervorragend, sonst ginge es uns nicht so gut. Doch wenige, aber aufsehenerregende Fehler haben den Eindruck entstehen lassen, sie nehme ihre auch staatspolitische Verantwortung zu wenig wahr und werde nur noch durch Gier und Egoismus gesteuert.

Aus alledem ergibt sich für mich eine politische Schlussfolgerung! Gegen solche, auch zeitgeistbedingte Trends zu kämpfen, ist schwierig. Aber wenn wir unseren Wohlstand bewahren wollen, reicht auch die beste Schuldenbremse nicht. Wir müssen der schleichenden Werteverchiebung Richtung Gegenmodell Halt gebieten. Deshalb bin ich überzeugt, dass jetzt nicht «more oft the same» nötig ist, sondern eine liberale und marktwirtschaftliche Gegenrevolution (wobei ich «liberal» nicht im parteipolitischen Sinne meine). Dies bedingt, dass sich Verantwortliche aus Politik und Wirtschaft, sozusagen die Liberalen aller Parteien, nicht mehr nur halbherzig zu liberalen Werten und zur Marktwirtschaft bekennen, sondern sich klar und unzweideutig exponieren und engagieren. Diese Anstrengung, meine Damen und Herren, muss von Ihrer Generation geleistet werden und nicht mehr von meiner!

Anmerkung des Verfassers: Einige der hier geäusserten Gedanken sind auch in meinem Buch «Pendler zwischen Wirtschaft und Politik», erschienen 2014 im Stämpfli-Verlag, enthalten.

Weiterführende Literatur

Why Nations Fail

Daron Acemoglu and James A. Robinson
Crown Business, New York 2012

Schnelles Denken, Langsames Denken

Daniel Kahneman
Siedler Verlag, München 2012

Pendler zwischen Wirtschaft und Politik

Essays und Reden

Kaspar Villiger

Stämpfli Verlag, 2014

Dieses Mal ist alles anders

Carmen M. Reinhart und Kenneth S. Rogoff

FinanzBuch Verlag 2011

Finanzleitbild

Ziele, Grundsätze und Instrumente für die Finanzpolitik des Bundesrates

4/10/99

Soziale Sicherheit sichern

Plädoyer für eine Schuldenbremse

Lars P. Feld und Christoph A. Schaltegger

Verlag Neue Zürcher Zeitung 2012

Über Schulden und Überschuldung

Silvio Borner

Verlag Neue Zürcher Zeitung 2014

Universitätsreden

-
- | | | |
|----|---|---|
| 1 | Walter Kirchschräger | Pluralität und inkulturierte Kreativität.
Biblische Parameter zur Struktur von Kirche
<i>[Rektoratsrede, 7. November 1997]</i> |
| 2 | Helmut Hoping | Göttliche und menschliche Personen. Die Diskussion um
den Menschen als Herausforderung für die Dogmatik
<i>[Antrittsvorlesung, 30. Oktober 1997]</i> |
| 3 | Rudolf Zihlmann | Zur Wiederentdeckung des Leibes.
Vom Zen-Buddhismus zu neueren westlichen Erkenntnissen
<i>[Gastvorlesung, 12. November 1997]</i> |
| 4 | Clemens Thoma | Das Einrenken des Ausgerenkten. Beurteilung der
jüdisch-christlichen Dialog-Geschichte seit dem Ende des
zweiten Weltkrieges
<i>[Abschiedsvorlesung, 18. Juni 1998]</i> |
| 5 | Walbert Bühlmann | Visionen für die Kirche im pluralistischen Jahrtausend
<i>[Festvortrag an der Thomas-Akademie, 21. Januar 1999]</i> |
| 6 | Charles Kleiber | L'Université de Lucerne, quel avenir?
<i>[Vortrag Generalversammlung Universitätsverein Luzern,
25. März 1999]</i> |
| 7 | Helga Kohler-Spiegel | «Wenn ich könnte, gäbe ich jedem Kind einen
Leuchtglobus...»
<i>[Abschiedsvorlesung, 9. Mai 1999]</i> |
| 8 | Rolf Dubs | Universitätsstudium – Anforderungen aus der Sicht der
Lehr- und Lernforschung
<i>[Festvortrag vom Dies Academicus, 10. November 1999]</i> |
| 9 | Kaspar Villiger | 400 Jahre Höhere Bildung in Luzern – Bildung an der
Schwelle des 21. Jahrhunderts
<i>[Dokumentation der 400-Jahr-Feier, 5. April 2000]</i> |
| 10 | Enno Rudolph
Gabriel Motzkin
Beat Sitter-Liver
Uwe Justus Wenzel | Menschen züchten? Nach der Sloterdijk-Debatte:
Humanismus in der Krise
<i>[Podiumsgespräch, 13. Januar 2000]</i> |
-

11	Kurt Seelmann	Thomas von Aquin am Schnittpunkt von Recht und Theologie <i>(Festvortrag an der Thomas-Akademie, 20. Januar 2000)</i>
12	Paul Richli	Das Luzerner Universitätsgesetz im Fokus der Rechtswissenschaft <i>(Dokumentation, 26. Oktober 2000)</i>
13	Andreas Graeser	Nachgedanken zum Begriff der Verantwortung <i>(Festvortrag zum fünfzehnjährigen Bestehen des Philosophischen Seminars, 7. November 2000)</i>
14	Johann Baptist Metz	Das Christentum im Pluralismus der Religionen und Kulturen <i>(Festvortrag an der Thomas-Akademie, 25. Januar 2001)</i>
15	Paul Richli	Eröffnungsfeier der Rechtswissenschaftlichen Fakultät <i>(Ansprachen, 22. Oktober 2001)</i>
16	Helen Christen	Fallstrick oder Glücksfall? Der deutsch-schweizerische Sprachformengebrauch in Diskussion <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 5. November 2003)</i>
	Hubertus Halbfas	Traditionsabbruch. Zum Paradigmenwechsel im Christentum <i>(Festvortrag zur Thomas-Akademie, 22. Januar 2004)</i>
17	Gabriela Pfyffer von Altshofen	Infektionskrankheiten. Schreck von gestern – Angst vor morgen? <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 3. November 2005)</i>
	Florian Schuller	Vom Nach-denken und vom Vor-denken. Oder: Wo sich gangbare Wege zeigen in der Krise christlicher Existenz <i>(Festvortrag zur Thomas-Akademie, 19. Januar 2006)</i>
18	Rudolf Stichweh	Die zwei Kulturen? Gegenwärtige Beziehungen von Natur- und Humanwissenschaften <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 9. November 2006)</i>
	Felix Bommer	Hirnforschung und Schuldstrafrecht <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 24. Oktober 2007)</i>

19	Rudolf Stichweh	Universität nach Bologna. Zur sozialen Form der Massenuniversität <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 29. Oktober 2008)</i>
	Rudolf Stichweh	Universität in der Weltgesellschaft <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 1. Oktober 2009)</i>
20	Paul Richli	Die Universität als rechtlicher Raum <i>(Akademische Rede am Dies Academicus, 4. November 2010)</i>
21	Monika Jakobs	Wissenschaft und Gender <i>(Akademische Rede am Dies Academicus, 2. November 2011)</i>
	Dick Marty	Zehn Jahre Rechtswissenschaftliche Fakultät Luzern <i>(Festvortrag zur Jubiläumsfeier der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern, 11. November 2011)</i>
22	Harold James	Internationale Ordnung nach der Finanzkrise <i>(Gastvortrag auf Einladung des Ökonomischen Seminars und des Historischen Seminars der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, 22. November 2011)</i>
23	Walter Kirchschräger	«Die Kirchen Gottes (die in Judäa sind) in Christus Jesus.» [1 Thess 2,14] <i>(Abschiedsvorlesung vom 23. Mai 2012)</i>
24	Aram Mattioli	Die Native Americans und der Memory-Boom in den USA <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 8. November 2012)</i>
25	Fritz Zurbrugg	Fiskal- und Geldpolitik im Spannungsfeld stabilitätsorientierter Wirtschaftspolitik <i>(Vortrag auf Einladung der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, 21. November 2012)</i>
26	Paul Richli	Der Schweizer Franken und sein Wert – ein juristischer Aufreger erster Güte <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 7. November 2013)</i>
	Harold James	Europa und Euro <i>(Gastvortrag am 7. November 2013 an der Universität Luzern anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät.)</i>

